

GfK-Studie «Auslandeinkäufe» 2013: Studienergebnisse und politische Forderungen der IG DHS

21. Februar 2014

Die Eurokrise und die damit in Zusammenhang stehende Stärke des Schweizer Frankens hat in den letzten drei Jahren zu einer markanten Zunahme der Einkäufe der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten im grenznahen Ausland geführt.

Nun hat das Wirtschaftsforschungsinstitut GfK im Auftrag der Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS) mit ihren Mitgliedern Migros, Coop, Manor, Denner, Valora und Charles Vögele zum zweiten Mal in Folge die Studie „Ausland-einkäufe“ durchgeführt. Die erstmals im Jahr 2012 durchgeführte Studie hat klare Begrifflichkeiten definiert und gezeigt, welche und wie viele Güter Konsumentinnen und Konsumenten tatsächlich im Ausland erwerben. Mit der zweiten Auflage der Studie liegen Vergleichswerte für das Jahr 2013 vor, welche die Entwicklung des Phänomens der Auslandeinkäufe beleuchten. Damit liefert die Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS) erneut eine fachlich fundierte Diskussionsgrundlage zum Phänomen der Auslandeinkäufe.

Die Ergebnisse im Detail lassen aufhorchen:

- Trotz sinkender Preisdifferenz haben die **Auslandeinkäufe im Jahr 2013 um 7 Prozent zugenommen** und ein Rekordniveau erreicht. Zusätzlich haben Konsumentinnen in Online-Shops Waren im Gegenwert von rund 1.2 Mrd. Franken eingekauft, die in Fremdwährung (z.B. Euro, Dollar, etc.) bezahlt wurden. Darin inbegriffen sind Waren im Wert von fast 200 Mio. Franken, die an Abholstationen im benachbarten Ausland abgeholt wurden. Zusammen ergibt sich ein Gesamtvolumen von rund 10 Mrd. Franken. Das sind rund 10 Prozent des gesamten Detailhandelsumsatzes in der Schweiz.
- **Den Löwenanteil der Auslandeinkäufe**, rund 3,4 Mrd. Franken, machen 2013 Nahrungsmittel sowie Near-Food-Produkte wie etwa Haushalts- und Hygieneartikel aus, gefolgt von Schuhen und Bekleidung (2,5 Mrd. Franken).

- Die **Zunahme** ist vor allem auf den **gezielten Einkauf** im benachbarten Ausland zurückzuführen. Im Jahr 2013 stiegen diese gezielten Einkäufe um 10 Prozent auf 5 Mrd. Franken an.
- **Eine markante Zunahme** der Auslandeinkäufe wurde insbesondere in der **Romandie** verzeichnet. Von den insgesamt 2,1 Mrd. Franken, welche Westschweizer Konsumenten 2013 im stationären Handel ennet der Grenze ausgegeben haben, wurden rund 1,2 Mrd. Franken gezielt im Ausland ausgegeben, was einer Zunahme von 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.
- Die **ökologischen Auswirkungen der Auslandeinkäufe** sind beträchtlich. 2013 wird eine **deutliche Zunahme der gefahrenen Kilometer** registriert (plus 300 Mio. Kilometer im Vergleich zum Vorjahr). Überraschend ist, dass insbesondere Einzelfahrten mit einem Weg von mehr als 100 km stark zugenommen haben. Die Konsumentinnen und Konsumenten legen also öfters und weitere Wege zurück, um im Ausland einzukaufen. Total werden für Auslandeinkäufe 1,16 Milliarden Kilometer – oder rund 29'000 Erdumrundungen – gefahren. Dies entspricht einem Ausstoss von 214'600 Tonnen CO₂ – vergleichbar mit demjenigen einer Stadt mit 35'000 Einwohnern, z.B. Schaffhausen – und belastet somit unsere Umwelt und die Infrastruktur deutlich.
- **Tiefere Preise sind nach wie vor der Hauptbeweggrund** für den Auslandseinkauf, jedoch nimmt die Bedeutung der Preisdifferenzen als einzige Ursache ab. Diese Entwicklung deckt sich mit dem Preismonitoring der Credit Suisse, welches bestätigt, dass die Preisdifferenzen in vielen Kategorien deutlich abgenommen haben. Die Preise in der Schweiz sind in einzelnen Kategorien wie Einrichtungsgegenstände und Unterhaltungselektronik wieder günstiger als im Ausland.

Volkswirtschaftlicher Schaden

Der volkswirtschaftliche Schaden, welcher das Phänomen der Auslandeinkäufe inzwischen mit sich bringt, lässt sich beziffern:

- Das Gesamtvolumen der Auslandeinkäufe in der Höhe von 10 Milliarden Franken entspricht rund 30'000 potentiellen Arbeitsplätzen in dieser arbeitsplatzintensiven Branche¹;
- Aufgrund der Steuerbefreiung des Konsums bei gezielten Auslandeinkäufen gehen dem Bund MwSt-Einnahmen in der Höhe von 300 Millionen Franken verloren;
- Die weiteren Strecken, welche gefahren werden, verursachen einen CO₂-Ausstoss von 214'600 Tonnen.

Fazit

Im Zuge der Frankenstärke haben sich die Rahmenbedingungen für den Schweizer Detailhandel in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert. In den Grenzgebieten wird der Wettbewerb derzeit mit ungleich langen Spiessen geführt. Auf diese Weise werden die grossen Anstrengungen des Schweizer Detailhandels zur Steigerung der Produktivität neutralisiert. Damit der Schweizer Detailhandel seine volkswirtschaftliche Bedeutung auch in Zukunft aufrecht erhalten kann – er beschäftigt rund 350'000 Menschen, stellt jeden zwölften Arbeitsplatz in der Schweiz und trägt acht Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei – ist er darauf angewiesen, dass sich die Rahmenbedingungen für den Detailhandel nicht weiter verschlechtern.

Heute sind die Nachteile auf Schweizer Seite ebenso zahlreich wie offenkundig: Restriktive Ladenöffnungszeiten, Behinderungen und hohe Auflagen beim Bau von Parkplätzen, missbräuchliche Preisdifferenzierungen durch ausländische Anbieter oder die Behinderung von Parallelimporten. Weitere, drohende Regulierungseingriffe (Litteringabgaben, Pfandgebühren oder eine Verwertungspflicht für Lebensmittelabfälle) verursachen hohe Kosten und grossen Aufwand und bergen die Gefahr, den Schweizer Detailhandel gegenüber dem Ausland zusätzlich zu benachteiligen. Hier sollen Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit gemeinsam dafür sorgen, dass diejenigen Rahmenbedingungen, die beeinflusst werden können, so gestaltet werden, dass sie für die Schweizer Detailhändler keinen Konkurrenznachteil im Wettkampf mit den ausländischen Detailhandelsunternehmen darstellen.

¹ Im Schweizer Detailhandel erwirtschaften im Durchschnitt 3'000 Mitarbeiter einen Umsatz von einer Milliarde Franken.

Politische Forderungen

Grundsätzlich vertritt die IG DHS die Position, dass Handelsschranken, tarifärer und nicht tarifärer Art, sowie Importbarrieren abgebaut werden müssen. Sie setzt sich dafür ein, dass bestehende Markt-Regulierungen überdacht werden und keine Neuen hinzukommen. Sie fordert «gleich lange Spiesse» mit dem grenznahen Ausland - sowohl für die KonsumentInnen als auch für den Detailhandel in der Schweiz. Sie fordert aber auch gleich lange Spiesse für alle Marktteilnehmer und somit keine Bevorzugung der privaten Konsumenten gegenüber den gewerblichen Konsumenten.

Insbesondere sieht die IG DHS in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

1.) Preistreibende Importbarrieren abbauen: Der Schweizer Detailhandel hat die Währungsgewinne, die durch den starken Franken möglich wurden, den Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben. Dies konstatiert der Preisüberwacher wie auch die WEKO in ihren Berichten. Dennoch bleiben teilweise hohe Preisdifferenzen bestehen. Diese gründen nebst der Frankenstärke in Handelshemmnissen, die den Warenverkehr zwischen Schweizer Detailhändlern und ausländischen Herstellern beeinträchtigen, den Wettbewerb behindern und damit marktgerechte Preise verhindern.

Zölle müssen gegenseitig reduziert und nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut werden. Dies fördert die Wettbewerbsfähigkeit, steigert die Produktivität und führt schlussendlich zu tieferen Preisen für die Konsumentinnen und Konsumenten. Die IG DHS lehnt weitere kosten- und preistreibende Abgaben ab.

a) Konsequente Durchsetzung des bestehenden Kartellrechts: Die IG DHS anerkennt die Probleme in Sachen Must-in-Stock-Produkten als auch für Produkte, die Lock-in-Situationen schaffen. Auch in offenen Märkten gibt es Situationen, in denen der Interbrand-Wettbewerb nicht spielt. Bei missbräuchlichen Fällen ist die WEKO aufgefordert, gezielt dagegen vorzugehen. Die IG DHS ist daran interessiert, dass in der Schweiz ein liberales, aber griffiges Kartellgesetz besteht und durch die Wettbewerbskommission durchgesetzt wird – im Speziellen was Unternehmen anbelangt, welche ungerechtfertigt in der Schweiz höhere Preise durchzusetzen versuchen und so die höhere Kaufkraft der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten abschöpfen.

b) Parallelimporte – Umsetzungshürden abbauen: Wenn parallelimportierte Produkte umetiketiert oder umgepackt werden müssten, verfällt der Preisvorteil aufgrund des zusätzlichen Aufwands. Parallelimporte machen derzeit nur aus den wenigen Ländern Sinn, welche ähnliche oder gleiche Vorschriften hinsichtlich Warnhinweise, der Sprache von Produktbeschriftungen etc. haben. Die IG DHS setzt sich für weitere sinnvolle Liberalisierungsschritte ein. Für sie ist klar: Selbst punktuelle Parallelimporte haben eine positive Wirkung

auf das Preisniveau in der Schweiz, da sie einen Hinweis auf das tatsächliche Preisniveau geben.

c) Cassis de Dijon – Marktabschottung verhindern: Die IG DHS steht weiterhin zum Cassis-de-Dijon-Prinzip und erachtet es als eine wichtige Massnahme zur Förderung des Wettbewerbs und eines vielfältigen Angebots in der Schweiz. Es bringt für die Unternehmen im begrenzten Umfang die Freiheit, dort einzukaufen, wo es für diese am günstigsten ist und entspricht dem Prinzip einer richtig verstandenen Wirtschaftsfreiheit. Seine Inkraftsetzung auf den 1. Juli 2010 stellt in Kombination mit der Zulassung von Parallelimporten eine wirksame Massnahme im Kampf gegen überhöhte Preise dar.

2.) Revision Zollgesetz – Keine zusätzlichen Anreize für Auslandeinkäufe

Aus Sicht der IG DHS ist es inkonsequent, die Zölle für den Handel und die Gastronomie – insbesondere bei Wein und Fleisch – hoch zu halten, gleichzeitig aber den Privateinkäufen höhere Zollfreigrenzen zu gewähren. Die IG DHS fordert gleich lange Spiesse für die im Inland einkaufenden KonsumentInnen gegenüber jenen, welche im Ausland einkaufen. Sie fordert aber auch gleich lange Spiesse für alle Marktteilnehmer und somit keine Bevorteilung der privaten Konsumenten gegenüber den gewerblichen Konsumenten. Grundsätzlich soll jeder Konsum mit der Mehrwertsteuer besteuert werden.

3.) Keine neuen nicht tarifären Handelshemmnisse bei der grünen Wirtschaft

Ökologische Produktedeklaration und umfassende Verpackungsrücknahme sind aus Kosten- und Praktikabilitätsgründen nicht umsetzbar. Überregulierungen drohen das erfolgreiche Modell – Diversifizierung aus Eigeninitiative – zu behindern. Die IG DHS wehrt sich gegen Insellösungen für die Schweiz.

4.) Nein zur Gastro Suisse-Initiative

Die IG DHS plädiert für das Festhalten am bewährten, effizienten Zweisatz-Modell und setzt sich für die Beibehaltung des niedrigen Steuersatzes bei Gütern des täglichen Bedarfs ein. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Nahrungsmittel würde vor allem Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen belasten und dem Phänomen der Auslandeinkäufe weiter Vorschub leisten. Die GastroSuisse-Volkinitiative, welche Gastronomie-Leistungen zum reduzierten Satz von 2,4% besteuern will, lehnt die IG DHS ab.

5.) Revision Lebensmittelrecht – keine neuen Regulierungen: Das Lebensmittelgesetz ist für den Detailhandel von grosser Bedeutung für seine tägliche Arbeit im Interesse der Konsumenten. Die IG DHS befürwortet die Angleichung des schweizerischen Lebensmittelrechtes an die Bestimmungen der EU, wo dies aufgrund internationaler Handelsbeziehungen notwendig ist. Die laufende Revision schafft die Voraussetzungen um den Handel mit Lebensmitteln zwischen

der Schweiz und der EU in beide Richtungen ohne unnötige Handelshemmnisse sicherzustellen.

Von der EU abweichende Deklarationsvorschriften - wie etwa die im Parlament diskutierte Herkunftsdeklaration von Rohstoffen - wirken als technische Handelshemmnisse und deshalb preistreibend. Dies ist aus Sicht der IG DHS im heutigen Marktumfeld mit dem hohen Anteil an Auslandeinkäufen kritisch zu hinterfragen.

6.) Massvoll liberalisierte Ladenöffnungszeiten: Die IG DHS fordert massvoll harmonisierte Ladenöffnungszeiten zwischen den Kantonen und gegenüber dem Ausland, ohne dass damit die Arbeitsbedingungen verschlechtert oder das Arbeitsgesetz tangiert werden. Sie distanziert sich von Forderungen in Richtung einer 24-Stunden-Shopping-Gesellschaft. Mit der Forderung nach schweizweit einheitlichen minimalen Rahmenbedingungen entspricht die Motion Lombardi den Anliegen der IG DHS von teilharmonisierten Ladenöffnungszeiten: Die Ladenbetreiber sollen ihre Öffnungszeiten von Montag bis Freitag zwischen 07.00 und 20.00 Uhr und an Samstagen von 07.00 bis 19.00 Uhr selbst definieren können. Die übrigen aktuellen politischen Vorstösse fördern weitere Wettbewerbsverzerrungen, fordern eine Änderung des Arbeitsgesetzes und stellen keinen gangbaren Weg für die IG DHS dar.

7.) Standortfaktoren – Anliegen des Detailhandels berücksichtigen:

a) Raumplanung: Die IG DHS fordert in der Raumplanung eine sogenannte Positivplanung. Diese ist ein wirksames Instrument, um die unterschiedlichen Ansprüche in Zusammenhang mit der Raumnutzung und eine nachhaltige Raum- und Verkehrsplanung sowie einen effizienten Umweltschutz zu erfüllen.

b) Parkplätze: Die IG DHS lehnt Restriktionen bei Parkplätzen und verkehrslenkende Massnahmen bei verkehrsintensiven Einrichtungen ab. Sie engagiert sich stattdessen für eine vorausschauende, ganzheitliche Betrachtung in der Verkehrs-, Raumplanungs- und Umweltpolitik, die alle Verkehrsarten einschliesst. Werden Siedlungs- und Verkehrsplanung frühzeitig aufeinander abgestimmt, lässt sich die Belastung von Infrastruktur und Umwelt effizient und nachhaltig verringern.